

Oberkochen, den 26.01.2026

Stellungnahme zum Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Traub, werte Kollegen des Gemeinderats, liebe Bürger zu Beginn möchten wir auf unseren Zukunftsplan „*Lebenswertes Oberkochen*“ eingehen. Dieser Plan ist das Ergebnis intensiver Überlegungen, vieler Gespräche mit Bürgern und einer klaren Vision davon, wie Oberkochen in den kommenden Jahren aussehen könnte. Er ist kein Sammelsurium von Einzelanträgen, sondern ein durchdachtes Konzept, das darauf abzielt, die Lebensqualität in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern und gleichzeitig die finanzielle Stabilität zu sichern.

Umso bedauerlicher ist es, dass unsere Anträge zum Haushalt 2026 mehrheitlich abgelehnt wurden – und zwar ohne die Bereitschaft, sie zumindest inhaltlich zu diskutieren oder im Haushalt vorzuhalten. Gerade Letzteres wäre ein Zeichen von Offenheit gewesen. Ein Haushalt ist schließlich kein starres Konstrukt, sondern ein Planungsinstrument, das Raum für Debatten und Weiterentwicklungen bieten sollte.

Dabei befinden wir uns in einer finanziellen Situation, die viele Kommunen in Deutschland nur noch aus der Vergangenheit kennen. Oberkochen steht solide da, getragen von außergewöhnlich hohen Gewerbesteuerereinnahmen. Diese Mittel hätten aus unserer Sicht genutzt werden können, um die Bürger direkt zu entlasten. Allgemeine Entlastungen – ohne Zielgruppenbindung, ohne Klientelpolitik – scheinen bei der Mehrheit des Gemeinderats nicht gewünscht zu sein.

Unser Grundsatz lautet: *„Der freie Mensch entscheidet klüger als der Staat – und das Geld gehört den Menschen, nicht dem Staat.“* Dieser Gedanke ist er nicht radikal, sondern Ausdruck eines gesunden Vertrauens in die Menschen, die hier leben, arbeiten und ihre Familien großziehen.

Finanzielle Entlastung der Bürger – ein verpasstes Signal

Wir haben vorgeschlagen, die Grundsteuer A und B vollständig auszusetzen – ein Entlastungsvolumen von rund 1 Million Euro. Das wäre ein starkes Signal gewesen: Wir vertrauen unseren Bürgern, wir geben ihnen finanziellen Spielraum zurück, gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Eine Entlastung bei der Grundsteuer hätte unmittelbar geholfen – ohne Bürokratie, ohne Antrag, ohne Hürden.

Ebenso wollten wir die Kitagebühren für Ü3-Kinder über ein Familienpassmodell abschaffen. Auch das wäre eine Entlastung für alle Familien gewesen – unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Familienfreundlichkeit zeigt sich nicht in großen Worten, sondern in konkreten Maßnahmen, die den Alltag erleichtern.

Ergänzt durch ein Kinderwillkommengeld von 500 Euro pro neugeborenem Kind hätten wir ein klares Zeichen gesetzt: Oberkochen ist eine Stadt, die junge Familien unterstützt und

Zukunft gestaltet. Ein Ort, an dem Kinder willkommen sind und Eltern nicht allein gelassen werden. Diese Maßnahmen waren bewusst nicht selektiv, sondern hätten allen Oberkochener Familien zugutekommen sollen.

Sport und Freizeit – Investitionen in Gesundheit und Gemeinschaft

Sport und Freizeit sind keine Nebensächlichkeiten. Sie sind zentrale Bestandteile einer lebenswerten Stadt. Sie fördern Gesundheit, stärken das Miteinander und schaffen Orte der Begegnung. Wir haben vorgeschlagen, einen Hochseilgarten und einen Boulderfelsen zu errichten – ein Angebot, das Schulen, Vereinen, Familien und Jugendlichen gleichermaßen zugutekäme.

Ergänzend wollten wir über eine Oberkochen-Card vergünstigte Eintrittspreise ins Kocherbad ermöglichen. Schwimmen, Sauna, Freizeit – das sind Dinge, die nicht nur guttun, sondern auch soziale Teilhabe ermöglichen. Diese Projekte sind keine Luxusideen, sondern Investitionen in die Attraktivität unserer Stadt und sie wären für alle Bürger zugänglich gewesen.

Mobilität – Freiheit und Selbstständigkeit

Besonders für junge Menschen im ländlichen Raum ist Mobilität ein entscheidender Faktor. Wer mobil ist, hat bessere Chancen im Berufsleben, mehr Freiheit im Alltag und mehr Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir haben deshalb beantragt, die Hälfte der Führerscheinkosten zu übernehmen – gedeckelt bei 2.000 Euro. Viele junge Menschen stehen heute vor der Frage ob sie sich den Führerschein überhaupt leisten können.

Jugend und Kultur – Räume für Kreativität und Begegnung

Mit einem vergleichsweise kleinen Budget von 35.000 Euro wollten wir ein Newcomer-Musikevent etablieren. Ein Wettbewerb für lokale Bands, ein Tag im Tonstudio als Hauptpreis – ein niedrighschwelliges Angebot, das Kreativität fördert und Gemeinschaft stärkt.

Solche Projekte schaffen Identität, sie bringen Menschen zusammen und machen eine Stadt lebendig. Sie zeigen jungen Menschen: Eure Talente sind willkommen, eure Ideen haben Platz, eure Kreativität wird gesehen.

Wirtschaftliche Lage – Dank und Verantwortung

Oberkochen entwickelt sich entgegen dem bundesweiten Trend positiv. Das verdanken wir vor allem unseren ortsansässigen Unternehmen; viele stehen seit Jahrzehnten zu diesem Standort. Sie schaffen Arbeitsplätze, sie investieren, sie tragen Verantwortung. Ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank für die Treue zum Standort und der Heimatverbundenheit.

Doch wir dürfen uns nicht in trügerischer Sicherheit wiegen. Die Gewerbesteuereinnahmen werden nicht dauerhaft auf diesem Niveau bleiben. Rund zwei Drittel fließen ohnehin als Umlagen ab, gleichzeitig steigen die laufenden Kosten der Stadt.

Wenn ein großes Unternehmen den Standort überdenken müsste oder wirtschaftliche Einbrüche eintreten, stünde Oberkochen schnell unter Druck. Deshalb müssen wir heute vorsichtig planen, um nicht morgen hektisch reagieren zu müssen.

Kommunale Wärmeplanung – zu früh, zu teuer, zu unklar

Aus unserer Sicht wurden die Weichen für die kommunale Wärmeplanung zu früh und ohne ausreichende Prüfung gestellt. Der gesetzlich mögliche Anschluss- und Benutzungszwang nach § 109 GEG zeigt, wie weitreichend die Folgen eines solchen Projekts sein können. Die erste Ausbaustufe des geplanten Nahwärmenetzes beläuft sich auf rund 32 Millionen Euro – Folgekosten nicht eingerechnet.

Dem Gemeinderat wurde eine sehr vorsichtig kalkulierte Wirtschaftlichkeitsrechnung vorgelegt, die bereits jetzt eine Rendite von 0,0 Prozent (!) ausweist. Bei einer realistischen Betrachtung rutscht das Projekt tief in die roten Zahlen. Neben den öffentlichen Gebäuden kann sich nur ein kleiner Teil der Oberkochener Haushalte überhaupt anschließen und diese Anschlüsse müssten auch noch subventioniert werden. Wir halten es für problematisch, wenn erhebliche Steuermittel in ein Modell fließen, das nur einer kleinen Gruppe zugutekommt.

Zudem gibt es für klimafreundliches Heizen durchaus Alternativen. Viele Bürger könnten mit einer Wärmepumpe kostengünstiger und unabhängiger von kommunalen Strukturen versorgt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint das Nahwärmenetz eher als ein Projekt mit hohem Risiko und begrenztem Nutzen – für die Stadt wie für die Bürger.

Wir bezweifeln, dass die Auswirkungen auf Bürger und Unternehmen ausreichend bedacht wurden. Und wir stellen die Frage, warum nicht geprüft wurde, welche Verbesserungen für alle Oberkochener möglich gewesen wären, wenn man die gleichen Mittel breiter und zielgerichteter eingesetzt hätte. Deshalb haben wir dagegen gestimmt.

Weitere Projekte – hohe Kosten, fraglicher Nutzen

Die Mehrnationenhäuser, Kauf fremder Stromnetze, das Zukunftsforum Holz, Finanzierung des Fraunhofer IOSB, die Sanierung von Lamm und Ochse; all das sind Projekte, die Zeit, Energie und beinahe dreistellige Millionenbeträge binden. Auch die Unterstützung anderer Städte im Ostalbkreis wirft Fragen auf. Oberkochen trägt über die Kreisumlage bereits erheblich zur regionalen Infrastruktur bei. Zusätzliche freiwillige Leistungen müssen gut begründet sein und diese Begründung sehen wir nicht.

Knapper Wohnraum – wenig Bauplätze für junge Familien

Mit Spannung verfolgen wir die jüngsten Bemühungen um Frieden in der Ukraine. Wir hoffen auf ein baldiges Ende des Krieges, damit auch die in Oberkochen lebenden Ukrainer in ihre

Heimat zurückkehren können. Für unsere Stadt würde dies zugleich eine spürbare Entlastung auf dem ohnehin sehr angespannten Wohnungsmarkt bedeuten.

Zusätzlich wird die Situation dadurch erschwert, dass der fortlaufende Erwerb von Immobilien durch die Stadt die Preise für private Käufer weiter anheizt und den Bürgern den Zugang zu Wohnraum zusätzlich erschwert. Die Verwaltung ist zudem stark ausgelastet und wird es auch in den kommenden Jahren bleiben, da Projekte wie die Mehrnationenhäuser oder das Zukunftsforum Holz im Vordergrund stehen.

Erschwerend kommt hinzu, dass zahlreiche europäische Vorgaben, etwa im Bereich des Natur- und Flächenschutzes, den kommunalen Handlungsspielraum zunehmend einengen. Die damit verbundene Bürokratie macht es nahezu unmöglich, neue Wohnbauflächen auszuweisen, obwohl Oberkochen über geeignete Flächen verfügt und als bedeutender Wirtschaftsstandort dringend zusätzlichen Wohnraum benötigt.

Bürgermeisterwahl 2025

Zum Abschluss möchten wir unserem scheidenden Bürgermeister Peter Traub für die vielen Jahre danken, in denen er Verantwortung für unsere Stadt übernommen hat. Mehr als drei Jahrzehnte an der Spitze einer Kommune zu stehen, bedeutet unzählige Entscheidungen, unzählige Gespräche und ein hohes Maß an persönlichem Einsatz. Auch wenn man über einzelne Weichenstellungen unterschiedlicher Meinung sein kann, verdient diese lange Zeit im Dienst der Stadt Anerkennung.

Mit dem Wechsel im Amt beginnt nun eine neue Phase. Ein solcher Übergang eröffnet immer auch Chancen für frische Impulse und für neue Perspektiven, die jede Kommune in regelmäßigen Abständen braucht. Wir begrüßen den neuen Bürgermeister Marcel Winter und verbinden damit die Erwartung, dass er diesen Erneuerungsprozess konstruktiv gestaltet und unsere Stadt verantwortungsvoll in die Zukunft führt.

Gerade in Zeiten großer Herausforderungen ist es wichtig, dass Veränderungen möglich bleiben und demokratische Ämter in regelmäßigen Abständen neue Handschriften erhalten. In diesem Sinne blicken wir zuversichtlich auf die kommenden Jahre - kritisch begleitend, aber stets im Interesse unserer Stadt und ihrer Bürger.

Fazit

Neben sinnvollen Maßnahmen wurden leider auch viele Projekte in den Haushalt aufgenommen, die wir nicht mittragen können. Unsere Anträge, die breite Entlastungen für alle Bürger gebracht hätten, wurden nicht einmal diskutiert.

Deshalb können wir dem Haushalt 2026 nicht zustimmen.

Ein Haushalt, der immer weiter wächst, schafft keinen Fortschritt – er schafft Abhängigkeit. Unsere Aufgabe ist es, Freiheit zu ermöglichen, nicht Verwaltung zu vermehren.